



GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bestätigungsvermerk

über

die Prüfung

des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2025

der

Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung
Umwelt zur Sicherung des nationalen
Naturerbes DBU Naturerbe GmbH

49090 Osnabrück

Sitz der Gesellschaft:
Osnabrück
Registergericht:
Amtsgericht Osnabrück
HRB 18883

Geschäftsführer:
Thorsten Albers, WP|StB
Ralf Maug, StB

Lars Schirmbeck, StB
Alexander Kopp, WP

Sven Spreckelmeier, WP|StB
Dr. Torsten Prasuhn, WP|StB



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFFERS

An die Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des nationalen Naturerbes DBU Naturerbe GmbH, Osnabrück,

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des nationalen Naturerbes DBU Naturerbe GmbH, Osnabrück, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Gesellschafterversammlung für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet



werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Osnabrück, den 20. April 2026

INTECON
GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Spreckelmeier
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des nationalen Naturerbes DBU Naturerbe GmbH, Osnabrück

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
A. Anlagevermögen		
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>		
1. Entgeltlich erworbene Nutzungsrechte (Software)	50.416,00	105.278,32
2. Geleistete Anzahlungen (Software)	45.398,50	0,00
	95.814,50	105.278,32
<i>II. Sachanlagen</i>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26.960.921,50	28.207.977,49
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	154.528,00	70.791,32
	27.115.449,50	28.278.768,81
	<u>27.211.264,00</u>	<u>28.384.047,13</u>
B. Umlaufvermögen		
<i>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.538.826,84	1.680.579,07
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen - davon gegen Gesellschafter: EUR 1.231.161,29 (Vorjahr: EUR 3.754.140,94)	1.231.161,29	3.754.140,94
3. Sonstige Vermögensgegenstände	233.137,48	233.014,16
	4.003.125,61	5.667.734,17
<i>II. Guthaben bei Kreditinstituten</i>	1.242.125,69	1.929.663,55
	<u>5.245.251,30</u>	<u>7.597.397,72</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>34.851,80</u>	<u>32.854,00</u>
	<u>32.491.367,10</u>	<u>36.014.298,85</u>

Passiva

	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
A. Eigenkapital		
<i>I. Gezeichnetes Kapital</i>	25.000,00	25.000,00
<i>II. Kapitalrücklage</i>	26.087.237,85	27.433.623,84
	<u>26.112.237,85</u>	<u>27.458.623,84</u>
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	<u>160.745,00</u>	<u>308.500,00</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.886.412,70	4.220.130,37
2. Sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern: EUR 22.874,92 (Vorjahr: EUR 22.559,56)	23.811,63	121.766,76
	<u>2.910.224,33</u>	<u>4.341.897,13</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>3.308.159,92</u>	<u>3.905.277,88</u>
	<u>32.491.367,10</u>	<u>36.014.298,85</u>

**Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des
nationalen Naturerbes DBU Naturerbe GmbH, Osnabrück**

Gewinn- und Verlustrechnung 2025

	2025	2024
	EUR	EUR
	<hr/>	<hr/>
1. Umsatzerlöse	11.289.324,04	9.773.831,17
2. Sonstige betriebliche Erträge	3.920.574,10	5.165.073,73
3. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-12.038.506,94	-12.016.732,88
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.538.531,52	-1.426.965,42
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<hr/> -465.746,64	<hr/> -417.702,27
	-2.004.278,16	-1.844.667,69
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.435.115,12	-1.431.873,77
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-841.886,27	-895.214,50
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	120,51	177,56
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<hr/> -48,35	<hr/> 0,00
9. Ergebnis vor sonstigen Steuern	-1.109.816,19	-1.249.406,38
10. Sonstige Steuern	<hr/> -240.571,30	<hr/> -98.224,00
11. Jahresfehlbetrag	-1.350.387,49	-1.347.630,38
12. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	<hr/> 1.350.387,49	<hr/> 1.347.630,38
13. Bilanzgewinn	<hr/> <hr/> 0,00	<hr/> <hr/> 0,00

**Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt
zur Sicherung des nationalen Naturerbes
DBU Naturerbe GmbH,
Osnabrück**

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

1. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des nationalen Naturerbes DBU Naturerbe GmbH, Osnabrück (nachfolgend: DBU Naturerbe GmbH), ist beim Amtsgericht Osnabrück unter HRB 201266 eingetragen und weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 1 und 4 HGB auf.

Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Die Gesellschaft nimmt die größenabhängigen Erleichterungen der §§ 274 a und 288 Abs. 1 HGB teilweise in Anspruch.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB als Darstellungsform gewählt.

2. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das entgeltlich erworbene Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs-/Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode pro rata temporis im Hinblick auf die voraussichtliche Nutzungsdauer berechnet.

Die Bewertung der übertragenen Grundstücksflächen erfolgt auf Basis der unteren Bodenrichtwerte mit 0,10 EUR/qm. Von diesem Wertansatz wird aufgrund von Restriktionen ein angemessener Abschlag von 50 % vorgenommen. Damit werden die Flächen mit EUR 500,00 pro Hektar bewertet.

Aufgrund des stetig wachsenden Anteils an Flächen, die aus der Nutzung genommen werden, werden seit 2020 jährliche Abschreibungen von 4 % auf die mit EUR 500,00 pro Hektar bewerteten Flächen vorgenommen. Im Jahr 2022 wurden die bis 2021 aktivierten Anschaffungsnebenkosten zu den schenkungsweise übertragenen Flächen vollständig abgeschrieben. Seit 2023 werden die Anschaffungsnebenkosten nicht mehr aktiviert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis EUR 800,00 netto werden im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten, die in der Regel dem Nennwert entsprechen, bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Bewertung der Guthaben bei Kreditinstituten erfolgt zum Nennwert.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Ausgaben, die Aufwendungen der Folgeperiode darstellen. Unwesentliche Einzelposten bis EUR 800,00 werden nicht abgegrenzt.

Das gezeichnete Kapital entspricht der Eintragung im Handelsregister von EUR 25.000,00.

Die sonstigen Rückstellungen wurden so bemessen, dass sie nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung tragen. Als Bewertungsmaßstab wurde der Erfüllungsbetrag zu Grunde gelegt.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Erlöse, die Erträge der Folgeperioden darstellen. Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden analog zu den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erst ab einem Wert von EUR 800,00 je Sachverhalt gebildet.

3. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens in 2025 ist als Anlage zum Anhang dargestellt.

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden saldiert ausgewiesen.

Forderungen aus Vorsteuerbeträgen, die erst im Folgejahr abzugsfähig sind (TEUR 193), werden unter den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen, da die Deutsche Bundesstiftung Umwelt umsatzsteuerliche Organträgerin ist.

Die Flächen des Nationalen Naturerbes, die der Gesellschaft zum Zweck der dauerhaften Sicherung von der Bundesrepublik Deutschland übertragen wurden, sind teilweise mit Altlasten und Kampfmitteln belastet. Für Kosten aufgrund ordnungsbehördlicher Maßnahmen bis zu EUR 200.000,00 je übertragener Liegenschaft hat die Gesellschaft aufzukommen (siehe hierzu auch Nr. 5a) Haftungsverhältnisse). Die Gesellschafterversammlung hatte am 29. November 2023 beschlossen, die Flächenkulisse des DBU Naturerbes von 71 Liegenschaften anzupassen und fünf besonders belastete Liegenschaften an die Bundesrepublik Deutschland rückzuübertragen. Die Rückübertragung wurde im Jahr 2024 vollzogen. Bisher liegen bei den übernommenen verbleibenden 66 Flächen keine ordnungsbehördlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit etwaigen Altlasten vor. Daher wurden keine Rückstellungen passiviert.

4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der Personalaufwand enthält Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von EUR 105.627,65 (Vorjahr: EUR 95.654,43).

5. Sonstige Angaben

a) Haftungsverhältnisse

Die Flächen des Nationalen Naturerbes, die der Gesellschaft zum Zweck der dauerhaften Sicherung von der Bundesrepublik Deutschland übertragen wurden, sind teilweise mit Altlasten und Kampfmitteln belastet. Für Kosten aufgrund ordnungsbehördlicher Maßnahmen, die EUR 200.000,00 je übertragener Liegenschaft überschreiten, haftet die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Bisher liegen bei den übernommenen 66 Flächen keine ordnungsbehördlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit etwaigen Altlasten oberhalb der Haftungsgrenze von EUR 200.000,00 je Liegenschaft vor (siehe hierzu auch Nr. 3 Angaben zur Bilanz).

b) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen keine wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB.

c) Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt waren 24 (Vorjahr 24) Angestellte beschäftigt.

d) Mitglieder der Geschäftsführung

Alleinige Gesellschafterin der DBU Naturerbe GmbH ist die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU). Gemäß § 7 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags ist der Generalsekretär der DBU gleichzeitig auch der Geschäftsführer der DBU Naturerbe GmbH.

Der Geschäftsführung gehörte im Geschäftsjahr an:

Alexander Bonde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtsjahr von der Gesellschaft keine Bezüge.

e) Mitglieder des Beirates

Dem Beirat, der sich aus Mitgliedern des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zusammensetzt, gehörten im Geschäftsjahr 2025 an:

Ernst Harald Ebner -Vorsitzender-
Mitglied des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident des Deutschen Naturschutzringes – Dachverband der deutschen
Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V., Berlin

Carsten Dietmar Träger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Karsten Wesche
Standortsdirektor des Senckenberg Museums für Naturkunde Görlitz, Professor für Biodiversität der
Pflanzen an der TU Dresden

f) Angaben über die gesellschaftliche Verbundenheit

Das Stammkapital wird vollständig von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gehalten.

g) Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge, die für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von besonderer Bedeutung wären, sind nach Schluss des Geschäftsjahres 2025 nicht eingetreten.

Osnabrück, den 17. April 2026

Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des nationalen Naturerbes
DBU Naturerbe GmbH, Osnabrück

Alexander Bonde

Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des nationalen Naturerbes DBU Naturerbe GmbH, Osnabrück

Entwicklung des Anlagevermögens 2025

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwert	
	01.01.2025	Zugänge	Abgänge	31.12.2025	01.01.2025	Zugänge	Abgänge	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Entgeltlich erworbene Nutzungsrechte (Software)	799.985,41	0,00	0,00	799.985,41	694.707,09	54.862,32	0,00	749.569,41	50.416,00	105.278,32
2. Geleistete Anzahlungen (Software)	0,00	45.398,50	0,00	45.398,50	0,00	0,00	0,00	0,00	45.398,50	0,00
	799.985,41	45.398,50	0,00	845.383,91	694.707,09	54.862,32	0,00	749.569,41	95.814,50	105.278,32
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	35.661.797,82	103.331,50	0,00	35.765.129,32	7.453.820,33	1.350.387,49	0,00	8.804.207,82	26.960.921,50	28.207.977,49
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	601.054,60	113.601,99	8.100,41	706.556,18	530.263,28	29.865,31	8.100,41	552.028,18	154.528,00	70.791,32
	36.262.852,42	216.933,49	8.100,41	36.471.685,50	7.984.083,61	1.380.252,80	8.100,41	9.356.236,00	27.115.449,50	28.278.768,81
	37.062.837,83	262.331,99	8.100,41	37.317.069,41	8.678.790,70	1.435.115,12	8.100,41	10.105.805,41	27.211.264,00	28.384.047,13

Elektronische Kopie Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

- (3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.
- (4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.
- (5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.
- (6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

- (1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.
- (2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.
- (3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.
- (2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.
- (3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:
- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
 - Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
 - Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
 - Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
 - Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

- (4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

- (5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.
- (6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für
- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
 - die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
 - die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
 - die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.
- (7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

- (1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.
- (2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherschlichtungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.